

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD

zur Erklärung der Bundesregierung
Bericht über den Stand der Abrüstungsgespräche

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Bemühungen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion um eine Vereinbarung zum völligen Abbau nuklearer Mittelstreckenwaffen größerer und kürzerer Reichweite in Europa – sogenannte doppelte „Null-Lösung“ – entschieden zu unterstützen.

Er fordert die Bundesregierung weiter auf, unverzüglich ein umfassendes Konzept zur Abrüstung auch der taktischen Nuklearwaffen und der konventionellen Streitkräfte in Europa vorzulegen, damit die auch in diesem Bereich erforderlichen Verhandlungen baldmöglichst aufgenommen und zu tragbaren Ergebnissen gebracht werden können.

Bonn, den 5. Mai 1987

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Sowohl die Administration der Vereinigten Staaten als auch die Führung der Sowjetunion befürworten eine Vereinbarung über eine doppelte Null-Lösung bei nuklearen Mittelstreckenwaffen größerer und kürzerer Reichweite. Damit besteht zur Zeit eine historisch einmalige Chance für einen abrüstungspolitischen Durchbruch. Diese Chance darf nicht vertan, sie muß – gerade im europäischen Interesse – genutzt werden.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß eine derartige Null-Lösung sowohl den abrüstungspolitischen Zielen als auch den sicherheitspolitischen Erfordernissen der Bundesrepublik Deutschland entspricht. Auch nach entsprechenden Abkommen mit der Sowjetunion wäre die Sicherheitsgarantie der Vereinigten Staaten für Westeuropa weiterhin politisch und militärisch glaubwürdig, wie Präsident Reagan am 29. April 1987 unter Hinweis auf

die Präsenz der amerikanischen Truppen und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland zusätzlich unterstrichen hat.

Der Deutsche Bundestag ist der Überzeugung, daß von einer Vereinbarung über eine doppelte Null-Lösung starke politische Impulse ausgehen würden, um endlich auch im Bereich der konventionellen Streitkräfte, der mit den Fragen der taktischen Nuklearwaffen untrennbar verbunden ist, zu Rüstungskontrolle und Abrüstung zu kommen. Die sich hier eröffnenden Chancen können nur genutzt werden, wenn die Bundesregierung sich nicht mehr nur damit begnügt, eine konventionelle Abrüstung zu fordern, sondern ihren Beitrag zu verhandlungsfähigen Vorschlägen leistet.